

**VERTRAULICH**  
bis zur Feststellung des  
schriftlichen Ergebnisses der  
letzten nicht öffentlichen  
Ausschusssitzung durch  
die/den Vorsitzende/n!

Stadt Heidelberg  
Dezernat III, Kulturamt  
Kinder- und Jugendamt

### Autonomes Zentrum - Wie geht es weiter

## Informationsvorlage

#### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen  
Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 07. März 2007

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung	Kenntnis genommen	Handzeichen
Jugendgemeinderat	17.01.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Jugendgemeinderat	24.01.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Jugendhilfeausschuss	25.01.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Kulturausschuss	30.01.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Haupt- und Finanzausschuss	14.02.2007	N	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	
Gemeinderat	01.03.2007	Ö	<input type="radio"/> ja <input type="radio"/> nein	

**Inhalt der Information:**

*Jugendgemeinderat, Jugendhilfeausschuss, Kulturausschuss, Haupt- und Finanzausschuss und Gemeinderat nehmen den Bericht „Autonomes Zentrum – wie geht es weiter“ zur Kenntnis.*

## **Sitzung des Jugendgemeinderates vom 17.01.2007**

**Ergebnis:** beschlussunfähig

## Sonder-Sitzung des Jugendgemeinderates vom 24.01.2007

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Jugendgemeinderates vom 24.01.2007

### 1.1 **Autonomes Zentrum – Wie geht es weiter?** Beschlussvorlage 0002/2007/IV\_JGR

Der Jugendgemeinderat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis. Inhalt der anschließenden Diskussion ist folgende Position des Jugendgemeinderates zum Thema „Raumbedarf für Jugendliche“, die in der vorangegangenen öffentlichen Sitzung beschlossen wurde:

#### **„Neuen Raum schaffen!**

Die Diskussion um mehr oder andere Räume für Jugendliche in Heidelberg ist weder neu noch hat sich der Grad der Aktualität seit dem Einschlagen der Diskussion nach dem Scheitern der Jugendhalle in irgendeiner Form geändert. Vielmehr hatte der Jugendrat das Thema seitdem nicht mehr aufgegriffen und der Gemeinderat hielt sich vornehm zurück. Die junge Kultur hat sich ihre eigenen Wege gesucht: In einigen seltenen Fällen entstanden neue Projekte. In vielen anderen Fällen führte der Weg in andere Städte. Eine neue Diskussion ist dringend erforderlich und es existiert nun nach einigen Jahren der Unsicherheit mit dem Jugendgemeinderat ein demokratisch voll legitimer Verhandlungspartner von jugendlicher Seite. Gleichzeitig hat die gemeinsame Sitzung von Jugendgemeinderat und Gemeinderat am 12.10.2006 eine große Bereitschaft der Fraktionen zu einer neuen, zielorientierten Raumdiskussion gezeigt.

Obwohl die Situation grundsätzlich gleich geblieben ist, haben sich seit der letzten umfassenden Raumdiskussion einige nicht unwichtige Änderungen ergeben: Mit der Villa Nachttanz und der Halle\_02 haben sich zwei sehr unterschiedliche Projekte mit großem Erfolg etabliert. Beide haben überwunden, was eine der Haupthürden für ein neues Raumprojekt sein wird: Sie haben ein Stammpublikum, ohne dabei gänzlich in einer Schublade zu verschwinden, und bleiben dabei ständig offen für neues Publikum. Beide Projekte zeigen dabei sehr unterschiedliche Wege der Umsetzung auf: Die Halle als professionelles Unternehmen, die Villa als Verein, der ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis arbeitet.

Gleichzeitig hat die Bedeutung des AZ für die Raumfrage weiter abgenommen, jahrelang kam nichts aus diesem Umfeld. Auch das Auftauchen des AZ auf den Tagesordnungen der Gemeinderatssitzungen dieser Tage kann nicht darüber hinweg täuschen, dass es im Prinzip nur noch ein Nischenprojekt unter mehreren ist.

Was wollen wir erreichen? Es ist ein Strauß an Bedürfnissen, den diese Diskussion befriedigen kann.

Allem voran muss das Ziel stehen, permanente Lösungen zu finden. Wir haben genug von Provisorien. Jugendkultur ist fließend, ständigen Veränderungen unterworfen, das ja. Das heißt aber noch lange nicht, dass sich die Räume, in denen diese Projekte stattfinden, alle drei Jahre ändern müssen. Räumliche Unsicherheit stellt für viele junge Kulturprojekte ein großes Problem dar. Das muss ein Ende haben.

Gleichzeitig gehört junge Kultur nicht an die Peripherie, sondern in die Stadt, denn nur dann profitieren junge Menschen und die Stadt gleichermaßen. Junge Kultur ist für eine Stadt kein Makel und keine Last, sondern muss im Gegenteil ein wichtiger Bestandteil eines neuen, erweiterten Begriffes von Stadtmarketing sein, den diese Stadt dringend braucht. Deshalb sollten Standorte da sein, wo man sie sieht, und nicht möglichst weit draußen.

Das Raumangebot, das benötigt wird, sollte sich an zwei weiteren Vorgaben orientieren: Zum einen müssen sie eine gewisse Spezialisierung aufweisen. Eine Multihalle, die gleichzeitig als Proberaum, Konzertsaal und Büroraum genutzt wird, nützt niemandem. Wenn eine Band einen Raum zum Proben braucht, soll sie auch einen Proberaum bekommen und keinen Partykeller. Das gleiche gilt für Schülerfirmen oder politische Gruppen, die Büroräume suchen.

Zum anderen sollten diese spezialisierten Räume nicht verteilt in der ganzen Stadt liegen, sondern nach Möglichkeit geballt werden. So entstehen Synergien, die es sonst nicht gibt. Das kann an einem zentralen Ort sein oder dezentral an mehreren Punkten. Wichtig dabei ist die Zusammenfassung von Räumen verschiedener Ausprägung.

Nun ergibt sich daraus die erste Frage, die diese Diskussion beantworten muss: Welche Räume brauchen wir in welcher Größenordnung und in welcher Organisationsform?

Wir schlagen eine Konzentration auf vier Kernbereiche vor:

- Proberäume: Spätestens der RNZ-Artikel im Vorfeld der OB-Wahl hat gezeigt, dass Proberäume in dieser Stadt absolute Mangelware sind. Junge Bands wandern, sobald eine gewisse Professionalität das Proben im eigenen Keller unmöglich macht, nach Mannheim ab. Oder sie fangen erst gar nicht an, Musik zu machen, weil es gerade keinen freien Kellerraum im Haus gibt. Dieser Zustand ist unzumutbar und verursacht einen hohen Verlust an künstlerischem Potenzial junger Menschen für diese Stadt.
- Partyräume: Die in der Stadt angebotenen Räume für private und halbprivate Parties sind rar, teuer und häufig über Monate ausgebucht. Außerdem sind sie sehr häufig durch bestimmte Gruppen „besetzt“ und machen das Feiern in diesen Räumen für Menschen außerhalb dieser Gruppen unmöglich. Wir brauchen hier neue Räume in verschiedenen Größen, vor allem aber in der Größenordnung 80-150 Personen. Diese Räume müssen unbürokratisch und unkompliziert vermietet werden können.
- Konzerträume: Es existieren im Moment zwei große Konzertsäle für überregionale Konzerte, der Karlstorbahnhof und die Halle\_02. Schenkt man den Planungen der Stadtverwaltung zur Bahnstadt Glauben, ist der Standort Halle, momentan der größte Konzertsaal der Stadt, zumindest mittelfristig, wenn nicht kurzfristig, gefährdet. Das momentane Angebot an Konzerten ist für eine Stadt der Größe Heidelbergs relativ gut, sicher begünstigt durch die Kooperationen des Karlstorbahnhofs mit der Alten Feuerwache im Rahmen der Delta Connection und der Halle mit dem Café Central. Das soll so bleiben und noch besser werden, und dafür braucht die Stadt spätestens mit dem Ende der Halle einen Ersatz, damit Auftritte international bekannter Bands für den jeweiligen Veranstalter auch in Zukunft finanziell stemmbar bleiben.
- Gruppen- und Büroräume: Engagement von Jugendlichen, sei es in politischen oder sozialen Gruppen oder in Schülerfirmen, ist in Zeiten von 45% Wahlbeteiligung und einer immer kleiner werdenden Freizeit im Rahmen von G8 besonders zu unterstützen. Wenn dies quasi als Independent-Projekt, also nicht durch eine Organisation unterstützt sondern aus einer Gruppe junger Menschen heraus, entsteht, dann verdient das zusätzliche stärkere Förderung. Hier tut die Stadt bislang so gut wie nichts. Wenn diese Projekte ein gewisses Maß an Professionalität übersteigen und die Treffen im Zimmer eines Beteiligten nicht mehr ausreichen, brauchen diese Gruppen Räume als Treffpunkt und zum Arbeiten. Diese Räume muss die Stadt anbieten, günstig und ohne dass sich die Gruppen für einen längeren Zeitraum verpflichten müssen. Dabei können solche Räume bereits in der Planungsphase auf bestimmte Gruppen zugeschnitten werden. In einem solchen Rahmen wäre auch Platz für das AZ.
- Räume für junge Kunst

Innerhalb dieser Kernbereiche müssen jetzt konkrete Zahlen erarbeitet und zu einer Darstellung des Raumbedarfs zusammengefasst werden. Dies können wir als Jugendgemeinderat nicht alleine leisten, dazu brauchen wir die tatkräftige Mithilfe der

Stadtverwaltung.

Die Ermittlung des Finanzbedarfs wird untrennbar mit der zu wählenden Organisationsform zusammenhängen. Wir verabschieden uns von der Vorstellung, Räume für junge Menschen seien automatisch selbstverwaltete Räume. Wo Selbstverwaltung sinnvoll ist, kann und muss sie auch verwirklicht werden. Nur ist eine gewisse Professionalität und Kontinuität unerlässlich, damit man sich bei der Nutzung der Räume tatsächlich auf das Projekt konzentrieren kann und sich nicht um den Rahmen kümmern muss. Trotzdem müssen die NutzerInnen die Möglichkeit haben, ihre Räume so zu gestalten, wie sie es für richtig halten.

Die Chancen sind groß, endlich einen vernünftigen Lösungsansatz zur Raumproblematik zu schaffen. Wir haben in der gemeinsamen Sitzung mit dem Gemeinderat eine sehr positive Stimmung erlebt. Die Bereitschaft zur Diskussion ist da. Nun hoffen wir auf Unterstützung durch den neuen OB und auch auf die Bereitschaft der verschiedenen Gruppen, sich auf die Diskussion und auf neue Lösungen einzulassen.“

gez.  
**Lucas Guttenberg**  
Vorsitzender

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Empfehlung

## Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2007

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 25.01.2007

### 1.2 **Autonomes Zentrum – Wie geht es weiter**

Informationsvorlage: 0002/2007/IV\_JGR

Nach der Darlegung der Wünsche des Autonomes Zentrums (AZ) nach Räumen durch Herrn Dandl, wurde darüber debattiert, inwieweit die Mitglieder des AZ das Grundgesetz anerkennen.

#### Es melden sich zu Wort:

Jugendgemeinderätin Eberhardt, Stadtrat Nimis, Stadträtin Bock, Stadträtin Dr. Lorenz, Herr Prof. Wilms, Stadträtin Dotter, Stadträtin Schröder-Gerken, Herr Knüpfer, Frau Gartung und Stadträtin Dr. Werner-Jensen

Nach kontroverser Debatte wurde durch Dr. Gerner folgendes Fazit gezogen:

- *Das Autonome Zentrum spricht sich dafür aus, daß es grundsätzlich selbstverwaltete Räume für Jugendliche in Heidelberg geben müsse.*
- *Priorität hat das Thema „Räume für Jugendliche“. In diesem Rahmen können dann ggf. Räumlichkeiten für eine Nutzung durch das Autonome Zentrum zur Verfügung gestellt werden.*
- *Es soll eine Dringlichkeitsliste für den Raumbedarf von Jugendlichen erstellt werden.*
- *Das Autonome Zentrum soll auch im Kulturausschuss sein Konzept vorstellen und eine Aussage zur Verfassungstreue machen.*

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses schließen sich den Ausführungen von Dr. Gerner inhaltlich an.

#### **Inhalt der Information:**

*Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Informationen der Verwaltung zur Kenntnis.*

gez.

**Dr. Joachim Gerner**  
**Bürgermeister**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## Sitzung des Kulturausschusses vom 30.01.2007

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Kulturausschusses vom 30.01.2007

### 1.2 **Autonomes Zentrum – Wie geht es weiter** Informationsvorlage 0002/2007/IV\_JGR

Es melden sich zu Wort:

Stadtrat Gundel, Stadtrat Dr. Weiler-Lorentz, Stadträtin Bock, Stadträtin Dr. Werner-Jensen, Jugendgemeinderätin Eberhardt, Stadtrat Dondorf, Stadträtin Vogel, Stadträtin Schröder-Gerken, Stadträtin Dr. Schuster

Auch im Kulturausschuss wurde nach Darlegung der Wünsche des Autonomen Zentrums (AZ) nach Räumen durch Herrn Dandl darüber debattiert, inwieweit die Mitglieder des AZ das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland anerkennen.

Um Debatten bezüglich der Verfassungstreue im Haupt- und Finanzausschuss sowie im Gemeinderat abzukürzen macht Herr Bürgermeister Dr. Gerner den Vorschlag, sich die Aussagen von Herrn Dandl schriftlich geben zu lassen.

gez.

**Dr. Joachim Gerner**  
Bürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

## Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.02.2007

Ergebnis der nicht öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 14.02.2007

### 2.1 **Autonomes Zentrum – Wie geht es weiter?** Informationsvorlage – 0002/2007/IV\_JGR

Die im Jugendhilfeausschuss vom 25.01.2007 und im Kulturausschuss vom 30.01.2007 erbetene schriftliche Aussage des Autonomen Zentrums zur Verfassungstreue liegt vor.

gez.  
Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## **Sitzung des Gemeinderates vom 01.03.2007**

**Ergebnis:** Kenntnis genommen

## Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	
SOZ 6	+	Ziel/e: Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigen Begründung: Mit der Schaffung neuer Jugendräume soll auf die unterschiedlichen Interessen von Jugendlichen eingegangen werden
KU 2	+	Ziel/e: Kulturelle Vielfalt unterstützen  Begründung: Die Jugendräume sollen u.a. der Förderung jugendkultureller Aktivitäten dienen.  Ziel/e:  Begründung:

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

keine

## Begründung:

Auf Antrag vom 7. Juli 2006 aus der Mitte des Gemeinderats hin (DS 0038/2006/AN) fand am 18. September 2006 im Jugendgemeinderat die Anhörung einer Vertreterin des „Gegendruck e.V.“ statt; der Verein „Gegendruck“ betreibt in der Fischergasse 2 ein gleichnamiges Cafe und vertritt die Interessen des „Autonomen Zentrum im Exil“. In der Diskussion aus Anlass dieser Anhörung sowie bei weiteren Debatten im Jugendgemeinderat zum Thema ‚Raumangebot für Jugendliche‘ wurde sichtbar, dass es nicht nur um die Frage der Zukunft des „Autonomen Zentrums“, sondern um ein umfassendes, von Jugendgemeinderat und Verwaltung gemeinsam anzugehendes Arbeitsprogramm geht, in welches dieser Punkt Eingang findet. Dieses Arbeitsprogramm beinhaltet folgende Schritte:

- Begriffliche Klärung der diskutierten Anforderungen: Jugendhalle, Jugendcafé, Jugendzentrum in Selbstverwaltung, Probe- und Partyräume, Konzerträume, Gruppen- und Büroräume.
- Klärung der damit verbundenen Raumkonzeptionen.
- Dieses Ergebnis ist Grundlage für die Bestimmung der Organisationsstruktur, die je nach Anforderungsprofil von einem professionellen Betreiber oder einer gemeinnützigen Organisation bereitgestellt werden muss.
- Begehung aller Einrichtungen der städtischen und städtisch geförderten offenen Jugendarbeit, um die Qualität des Angebots zu ermitteln und zu bewerten.
- Klärung, welche Aufgaben mit einer kommunalen Förderung verbunden sind.

Dazu wird es erforderlich sein, die Überschneidungen, aber auch die Abgrenzungen zwischen

- Der offenen Jugendarbeit nach §11 SGB VIII und
- Sonstigen Kulturangeboten für junge Menschen

zu bestimmen.

Die Einrichtungen der offenen Jugendarbeit mit ihren jeweiligen Zielgruppen sind als Anlage beigefügt ( Anlage 1 ).

Schließlich wird es darum gehen, herauszuarbeiten, inwiefern kommerzielle Anbieter für Jugendgroßveranstaltungen genutzt werden können und wo deren Grenzen liegen.

Bei der Diskussion der einzelnen Teile dieses Arbeitsprogramms ist es sinnvoll, weitere Institutionen, wie beispielsweise den Stadtjugendring Heidelberg, einzubeziehen. Gerade im Blick auf die Serie von Begehungen ist für das geschilderte Arbeitsprogramm ein Zeitraum von einem halben Jahr anzusetzen. Abschließende Ergebnisse können also erst Mitte 2007 vorliegen. Es ist aber anzustreben, dass im Hinblick auf die Haushaltsberatungen Teilergebnisse bereits vorher erarbeitet werden.

Unabhängig hiervon erarbeitet die Verwaltung derzeit eigene Stellungnahmen zu den Liegenschaften „Alte Feuerwache“ und „Halle hinter der Halle 02“, für die ein eigener Arbeitsauftrag vorliegt.

Inwiefern ein „Autonomes Zentrum“ innerhalb des Gesamtkomplexes „Räume für Jugendliche und junge Erwachsene“ eine Teillösung darstellen könnte, muss zunächst offen bleiben. Die Überlegungen und Forderungen des Vereins „Gegendruck“ stießen bei der Anhörung im Jugendgemeinderat zwar auf Interesse, wurden aber keinesfalls als die Lösung für die weitergehenden Überlegungen und Forderungen des Jugendgemeinderats angesehen. Der Jugendgemeinderat hatte daher auch in seiner Sitzung am 09.11.2006 einer getrennten Diskussion dieser beiden Themen den Vorzug gegeben.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, die Beratung über die Zukunft des Autonomen Zentrums erst dann wieder aufzunehmen, wenn zum oben geschilderten Arbeitsprogramm Ergebnisse vorliegen.

gez.

Dr. Joachim Gerner

<b>Anlagen zur Drucksache:</b>	
<b>Lfd. Nr.</b>	<b>Bezeichnung</b>
A 1	Offene Jugendarbeit und Zielgruppen  <b>(Vertraulich – nur zur Beratung in den Gremien)</b>
A 2	Haltung des AZ zum Grundgesetz – Tischvorlage im Haupt- und Finanzausschuss am 14.02.2007  <b>(Vertraulich – nur zur Beratung in den Gremien)</b>